

»Man darf nicht nur auf das Verhältnis beider Koreas zu den USA schauen!«

Ein Gespräch mit Hartmut Koschyk zur Rolle der Nachbarstaaten im innerkoreanischen Annäherungsprozess und einem möglichen Beitrag Europas

INTERVIEW: YANN WERNER PRELL & NATALY JUNG-HWA HAN



Hartmut Koschyk ist Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums und war bis 2017 Vorsitzender der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe. In dieser Eigenschaft hatte er zahlreiche Reisen nach Nord- und Südkorea unternommen, wurde ein wahrer Kenner der koreanischen Halbinsel und konnte fortwährend zu einer Annäherung beider Länder beitragen. Im Interview diskutiert er die Rolle der Nachbarstaaten im innerkoreanischen Annäherungsprozess und erläutert welchen Beitrag Europa hierzu leisten könnte.

Yann Werner Prell (YP): Wir widmen uns in dieser Ausgabe des Korea Forums der internationalen Außenperspektive auf die politische Annäherung zwischen Nord- und Südkorea seit Beginn 2018. Sie waren als Bundestagsabgeordneter lange Jahre Vorsitzender der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe. Wie sieht Ihrer Meinung nach die deutsche Bevölkerung die »Koreafrage« und wie steht die deutsche Bundesregierung zum koreanischen Annäherungsprozess?

Hartmut Koschyk: Natürlich merkt man, dass Deutschland selbst Erfahrungen mit Teilung und Wiedervereinigung hat und auch die deutsche Bevölkerung die innerkoreanische Annäherung mit Anteilnahme begleitet. Deutlich wurde dies zum Beispiel bei der Eröffnung der Handball-WM in Berlin 2018, bei der auch viele deutsche Fans durchaus gewürdigt haben, dass die koreanische Mannschaft sowohl aus Spielern aus Nord- wie auch aus Südkorea besteht. Ich glaube, viele Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung haben hier das Ari-rang-Lied zum ersten Mal gehört, gleichzeitig aber instinktiv gespürt, dass dieses Lied eine ganz besondere emotionale Bedeutung für Korea hat.

In der Hochphase der politischen Eskalation zwischen den USA und Nordkorea im Sommer 2017 hatte sich die Bundesregierung noch aktiv als Vermittler angeboten. Leider zeigt sich die deutsche Politik zur koreanischen Annäherung seitdem sehr verhalten. Davon ausnehmen, möchte ich ganz ausdrücklich den deutschen Bundespräsidenten, der ganz bewusst zu der Eröffnung der olympischen Winterspiele nach Pyeongchang gefahren ist und dies mit einem offiziellen Besuch in Korea und Japan verbunden hat, weil auch ihn die Frage der koreanisch-japanischen Nachbarschaftsbeziehungen bewegt. Er ist dort mit Japan- und Korea-Experten zusammengekommen, hat in Seoul mit Präsident Moon Jae-In gesprochen, aber auch mit Vertretern der koreanischen Zivilgesellschaft. Ich finde, dass gerade die deutsche Handball-WM in Berlin

mit einer gemeinsamen koreanischen Mannschaft eine Initialzündung hätte sein sollen, dass Deutschland stärker am Prozess der innerkoreanischen Annäherung teilnimmt. Es hat mich persönlich auch ein wenig geschmerzt, dass die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen zwischen Trump und Kim Jong-Un Ende Februar 2019 in Vietnam in Stockholm und nicht in Berlin organisiert wurden. Ich schätze Schweden und seine Rolle als Vermittler in internationalen Konflikten sehr, aber Deutschland muss sich gemeinsam mit Europa aktiver zur Annäherung zwischen Nord- und Südkorea verhalten und sich auch öffentlich darauf einlassen.

YP: Was wären demnach konkret Ihre Wünsche an die deutsche Bundesregierung mit Blick auf den innerkoreanischen Annäherungsprozess?

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Deutschland, aber auch die EU aktiv die Friedensbemühungen und den innerkoreanischen Dialog unterstützen, so wie dies früher der Fall gewesen ist und wie dies auch aus den Leitlinien der Bundesregierung »Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern« von 2017, abzuleiten ist. Deutschland hat stets den Versöhnungskurs unterstützt und schließlich 2001 auf Bitten des damaligen südkoreanischen Präsidenten und späteren Friedensnobelpreisträgers Kim Dae-Jung diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufgenommen, um dessen »Sonnenscheinpolitik« zu unterstützen. Man sollte innerhalb der Bundesregierung darüber nachdenken, warum die amerikanisch-nordkoreanischen Gespräche heute in Stockholm oder Madrid stattfinden. Früher war Deutschland Gastgeber solcher Gespräche, was zeigt, wie sich die Rolle Deutschlands in Sachen Nordkorea verschoben hat. Deutschland und die EU sollten den Schulterschluss mit Schweden suchen und einen Beitrag zu Frieden und Annäherung auf der koreanischen Halbinsel zur »Gemeinschaftsaufgabe« machen. Auch Südkorea wünscht sich eine stärkere Unterstützung der Friedensbemühungen des südkoreanischen Staatspräsidenten Moon Jae-in durch Deutschland und die EU. Aufgrund der eigenen Teilungsgeschichte ist gerade Deutschland dafür prädestiniert in der Rolle eines »ehrlichen Ratgebers« eine vermittelnde Rolle einzunehmen. Zudem ist die Tatsache, dass Bundesaußenminister a.D. Sigmar Gabriel bei seinem Besuch in Nordkorea im März 2019 u.a. von Ri Su-Yong, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Obersten Volksversammlung und von Außenminister Ri Yong-Ho empfangen wurde, als Zeichen zu werten, dass auch Nordkorea ein stärkeres Engagement

Deutschlands begrüßen würde.

Zudem finde ich, dass die Bundesregierung viel mehr mit deutschen NGOs und Mittlerorganisationen neue Wege ebnen müsste, um den Annäherungsprozess in Korea zivilgesellschaftlich zu begleiten. Ich selbst habe mit einer Bundestagsdelegation im Herbst 2015 in der damaligen Phase der innerkoreanischen Annäherung eine Konferenz in Pyongyang durchgeführt, an der knapp 20 deutsche Mittlerorganisationen mit ihren nordkoreanischen Partnern teilgenommen haben. Ich habe damals auch ein Alumni-Netzwerk gegründet für Nordkoreaner, die in Deutschland über den DAAD, die Humboldt-Stiftung, das Goethe-Institut und andere politische Stiftungen einen Aus- und Fortbildungsaufenthalt absolviert hatten. Ich möchte das Engagement der deutschen Politischen Stiftungen und der in Nordkorea tätigen deutschen Mittlerorganisationen ausdrücklich würdigen. Deren Tätigkeit unterläuft nicht das Sanktionsregime, sondern leistet humanitäre Hilfe, befördert wissenschaftlichen Austausch und hält somit Brücken des Dialogs offen.

Beispielhaft ist auch das zivilgesellschaftliche Engagement des Instituts für Koreastudien an der FU Berlin durch wissenschaftlichen Austausch Brücken des Dialogs zwischen Deutschland, Nordkorea und Südkorea aufrecht zu erhalten. So hatten im Januar 2020 zwölf Studenten und zwei Dozenten der Germanistischen Abteilung der Kim Il-Sung-Universität in Pyongyang insgesamt drei Wochen an der Freien Universität Berlin verbracht, um an einem Deutschkurs teilzunehmen. Die Freie Universität unterzeichnete im Vorfeld mit der Kim Il-Sung Universität eine Absichtserklärung über den akademischen Austausch und empfing im Rahmen eines Austauschprogramms zum ersten Mal nordkoreanische Studenten und Dozenten. Es war für mich ein »bewegendes Erlebnis« gewesen, bei einem Treffen mit besagten nordkoreanischen Studenten diese in einem »wunderbaren Dialog« mit einigen jungen Mitgliedern des »Netzwerkes Junge Generation Deutschland-Korea«, das im vergangenen Jahr gegründet wurde, zu beobachten. Dies verdeutlicht welche Bedeutung doch Wissenschaftsaustausch und Public Diplomacy zukommt. In diesem Zusammenhang würde ich es auch sehr begrüßen, wenn der DAAD wieder einen Mitarbeiter nach Pyongyang entsendet.

YP: Um auf die Rolle der Nachbarstaaten wie Japan, China und Russland bei diesem Annäherungsprozess zu sprechen zu kommen: Was ist Ihre Einschätzung, welche Rolle diesen Ländern zukommt, damit dieser Prozess gelingen kann?

Japan, China und Russland waren ja bereits mit der Korea-Frage durch die sogenannten Sechs-Parteien-Gespräche politisch involviert. Diese Sechs-Parteien-Gespräche halte ich auch heute noch durchaus für ein gutes Format, da alle Beteiligten, die über die Zukunft in Nordostasien debattieren, an einem Tisch sitzen. Das ist übrigens auch eine Erfahrung, die wir aus Europa und Deutschland kennen. Natürlich war es für das geteilte Deutschland wichtig, dass die BRD einerseits gute Beziehungen zu den USA und die DDR andererseits gut Beziehungen zur Sowjetunion hatte. Mit dem Voranschreiten der innerdeutschen Beziehungen hatten sich dann auch die Beziehungen der BRD zur Sowjetunion verbessert, und ohne die damit verbundene Entspannungspolitik, ohne europäische Nachbarschaftspolitik, wäre die deutsche Einheit so nicht möglich gewesen.

Ich glaube, man darf nicht nur auf das Verhältnis beider Koreas zu den USA schauen, sondern entscheidender ist noch, wie sich das Verhältnis der beiden Staaten auf der koreanischen Halbinsel zu China, Japan und Russland gestaltet, und wie diese Staaten untereinander in Beziehung miteinander stehen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, zu erkennen, dass jedes dieser Länder, egal, ob China, Japan oder Russland, seine eigene Agenda im Hinblick auf das Fortschreiten des Annäherungsprozesses zwischen beiden koreanischen Staaten hat. Japan ist davon fundamental betroffen, China ist davon fundamental betroffen, aber auch Russland als Nachbar und als Global Player ist davon betroffen. Chinas Rolle ist dabei deutlich zu spüren. Bevor sich Kim Jong-Un das erste Mal mit Trump getroffen hatte, fand auch das erste Mal ein Treffen zwischen Trump und Xi Jinping statt, und auch der zweite Gipfel zwischen Trump und Kim wurde vorher durch ein Treffen zwischen Kim und Xi in Peking vorbereitet.

Aber auch Japan erkennt zunehmend, dass es eigenständig in diesem Prozess agieren muss und sich nicht nur im Schatten der USA bewegen darf. Abe besuchte zum Beispiel im Oktober 2018 Peking und ich glaube, dass diese Reise im Hinblick auf den Prozess der Entspannung und Annäherung in Nordostasien ein wichtiger Schritt war. Abe hat sich zudem im Januar 2019 auch mit Putin getroffen und ein weiteres Treffen ist für Mai dieses Jahres geplant. Das zeigt, dass Japan weiß, dass es nicht nur auf Amerika setzen darf, sondern im Hinblick auf die Zukunft in Nordostasien selbstständig den Dialog mit Moskau und Peking führen muss. Natürlich wäre es ebenso wichtig, dass auch beide koreanische Staaten den Dialog mit Japan suchen würden. In den nächsten Jahren werden wir erleben, dass die Rollen

Chinas, Japans, und Russlands für die internationale Gemeinschaft an Bedeutung zunehmen werden. Noch halten sich diese drei Länder zurück, weil es in der Tat zunächst darauf ankommt, in wie weit sich die Gespräche zwischen den USA und Nordkorea im Hinblick auf die Lösung strittiger Fragen entwickeln. Aber spätestens danach werden Japan, China und Russland ebenso an diesen Gesprächen beteiligt sein wollen. Nach meiner Einschätzung wird das am besten gelingen, wenn man die Sechs-Parteien-Gespräche wieder aufleben lässt. Entspannung, Kooperation, Frieden und womöglich eines Tages die Einheit auf der koreanischen Halbinsel werden nur durch multilaterale Anstrengungen möglich sein. Da sind die USA natürlich ein entscheidender Partner, aber Japan, Russland und China werden genauso wichtig sein, um am Schluss zu einem guten Ergebnis zu kommen.

YP: Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA. Auflösung der Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland. Ist eine solche multilaterale Zusammenarbeit überhaupt realistisch?

Natürlich hängt alles mit allem zusammen. Interessant ist, dass sich Trump und Xi während des G20-Gipfels 2018 darauf verständigt hatten, ihren Handelsstreit nicht losgelöst von der Nordkorea-Frage zu behandeln. Daher würde ich einschätzen, dass China den USA zugesichert hatte, Nordkorea darauf zu drängen, sich tatsächlich auf substantielle Fragen der Denuklearisierung einzulassen. Hier gilt das Motto: Der Weg ist das Ziel. Es ist wichtig, Vertrauen zu schaffen, um am Schluss eine Lösung zu finden. Ebenso denke ich, dass die Frage der Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland zwangsläufig mit der Nordkorea-Frage zusammenhängen wird. So könnte ein substantieller Fortschritt hinsichtlich der Denuklearisierung auf der koreanischen Halbinsel auch zu einer Lösung der Abrüstungsabkommen zwischen Russland und den USA führen.

Nataly Jung-Hwa Han (NH):

Aber es gibt auch internationale Befürchtungen in Bezug auf die Korea-Frage? Welchen Einfluss hätte eine Wiedervereinigung Koreas auf dessen direkte Nachbarn Japan, China und Russland?

Natürlich wäre eine Wiedervereinigung Koreas ein deutlich stärkerer wirtschaftlicher Faktor in der Region. Das könnte Japan sicherlich Sorgen bereiten. Bei China und Russland sieht die Sache aber anders aus. Hier steht wohl eher der militärische Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Würde also ein

wiedervereinigtes Korea nur in militärischer Allianz mit den USA stehen und damit die strategische Position der USA in Nordostasien stärken? Oder gibt es nicht doch Möglichkeiten, durch ein Sicherheits- und Kooperationssystem in Nordostasien Lösungen zu finden, die nicht bei China und Russland die Angst in den Vordergrund treten lassen, dass ein wiedervereinigtes Korea für sie eine militärische Bedrohung darstellt?

Von daher glaube ich, dass man diese Sorgen und Ängste ernst nehmen muss. Wir kennen das aus dem deutschen Einigungsprozess. Es reicht, wenn man sich den Zwei-plus-Vier-Vertrag genauer anschaut, um zu wissen welche Fragen gestellt und gelöst werden müssen, um am Schluss zu einer Einigung zu kommen, mit der alle umliegenden Nachbarstaaten einverstanden sind. Polen war ja zum Beispiel auch durch die Grenzfrage betroffen. Daher wissen wir heute, was es bedeutet, mit Nachbarn, aber auch mit großen Partnern und mit Weltmächten eine diplomatische Lösung für eine stabile Friedensordnung in Form der deutschen und europäischen Einheit in Europa erreicht zu haben.

Genau vor diesen Herausforderungen steht auch Korea. Daher ist es wichtig ganz massiv an den nachbarschaftlichen Verhältnissen in der Region zu arbeiten. Ich glaube, die derzeitigen Beziehungen zwischen Südkorea und China sind gut. Mein Eindruck ist, dass auch von chinesischer Seite starkes Vertrauen in Präsident Moon Jae-In gesetzt wird, da dieser die chinesischen Befindlichkeiten in seiner innerkoreanischen Annäherungspolitik berücksichtigt. Natürlich ist aber das japanisch-südkoreanische Verhältnis eine Herausforderung von besonderer Art. Aber auch hier glaube ich, dass die Gräben nicht unüberwindbar sind. Ich persönlich wünsche mir, dass man sowohl in Seoul als auch in Tokyo erkennt, dass eine enge politische Zusammenarbeit Japans und Südkoreas entscheidend sein wird, um den Entspannungs- und Annäherungsprozess in Nordostasien voranzubringen.

YP: Zurück zu Ihrem eigenen Engagement in dieser Frage: Sie sind Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums und planen eine Stiftung zu Korea zu gründen.

Mit dem Deutsch-Koreanischen Forum haben wir ein gutes Format gefunden, um jährlich wechselseitig in Deutschland und Südkorea einen Dialog zwischen Vertretern aus Politik, Regierung, Parlament, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur zu erreichen. Neu hinzugekommen ist seit einigen Jahren außerdem das sich sehr positiv entwickelnde

Junior-Forum. Hier wünsche ich mir, dass wir im Zuge der koreanischen Annäherung mittelfristig auch Teilnehmer aus Nordkorea oder aus den umliegenden Nachbarstaaten integrieren können. Warum sollte man nicht bei einem deutsch-koreanischen Forum auch Experten zu bestimmten Themen aus China, Japan oder Russland einladen?

Stichwort Stiftung »Ein Korea – Vertrauen, Versöhnen, Verbinden«: Wir wollen ein Netzwerk bilden, um von Deutschland aus, den innerkoreanischen Annäherungsprozess zu unterstützen. Vorrangiges Ziel sind dabei Pilotprojekte im Bereich Kultur, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Sport. Wir haben zwar bereits viele Initiativen in Deutschland, die sich in diesem Feld engagieren. Diese sind aber alleine oftmals zu schwach, um etwas auszurichten. Daher wollen wir diese Initiativen vernetzen in Form einer Stiftung, um ihnen mehr Gewicht zu verleihen und eine Stimme zu geben. Das möchte ich gerne weiter voranbringen.

NH: Das ist sehr interessant. Auch für den Korea Verband ist Vertrauen, Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den beiden koreanischen Staaten sehr wichtig.

Ich glaube zwischen beiden koreanischen Staaten und auch ihren Nachbarn muss es zunächst vorrangig um Vertrauen und Versöhnen gehen. Das ist ja gerade der große Unterschied zwischen unserer deutschen Erfahrung und der koreanischen Erfahrung, da wir keinen Bruderkrieg gehabt haben. Wenn ich von Leuten gefragt werde, was der große Unterschied zwischen der Situation in Deutschland und in Korea sei, antworte ich ihnen: der Koreakrieg 1950-1953. Natürlich gab es auch Spannungen zwischen der BRD und der DDR und Aggressionspläne des Warschauer Paktes mit Blick auf Westdeutschland, wobei aber nicht die DDR, sondern die Sowjetunion die entscheidende Rolle gespielt hat. Aber wir haben keinen deutsch-deutschen Bürgerkrieg gehabt.

NH: Aber das, was Nord- und Südkorea verbindet, ist die gemeinsame koloniale Erfahrung durch den japanischen Imperialismus. So war zum Beispiel die »Trostfrauen«-Frage auch eine der ersten Fragen, die beide koreanischen Staaten bearbeiten wollten, unmittelbar nachdem die erste Überlebende Anfang 1990er Jahre öffentlich das Tabu gebrochen hatte.

Ja, das ist nie richtig aufgearbeitet worden. Da frage ich mich auch immer, ob uns Korea das gar nicht übel nimmt, dass wir im Zweiten Weltkrieg so eng mit Japan verbunden waren.

NH: Meine eigene Erfahrung ist tatsächlich, dass sich Deutschland in dieser Frage sehr zurückhaltend verhält, da es seine guten Beziehungen zu Japan nicht gefährden will. In Korea gibt es dagegen einen sehr starken Fokus auf die eigene Opferperspektive.

YP: Ich habe in Korea aber auch Menschen getroffen, die mir gesagt haben, dass es Japan wie Deutschland machen müsste. Da gibt es halt auch ein sehr positives Image davon, wie in Deutschland mit der eigenen Geschichte umgegangen wird.

Deshalb wird auch gar nicht nachgefragt, man ruht sich einfach darauf aus, dass sich Deutschland von seiner NS-Geschichte klar distanziert hat. Dadurch scheint es gar nicht so wichtig zu sein, dass Deutschland mit Japan verbündet war. Dabei hat die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit auch in Deutschland sehr lange gedauert. Erst in den 70er und 80er Jahren ist ein Bewusstsein für die eigene Geschichte in der breiten Bevölkerung angekommen. Gleichzeitig fand ich aber auch sehr wichtig, wie sich Deutschland im Sommer 2017 verhalten hat. Bei aller Angst vor einer nordkoreanischen Bedrohung, stand für die deutsche Bundesregierung fest, dass dieser Konflikt nur politisch-diplomatisch zu lösen ist und jede militärische Lösung ausscheidet.

HARTMUT KOSCHYK

war von 1990 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1990 bis 2002 war er Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Vertriebene und Flüchtlinge« der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Von 2002 bis 2005 fungierte er als innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie als Mitglied im Ältestenrat. Von 2009 bis 2013 war Koschyk Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Von 2014 bis 2017 war er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Als Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Enquete-Kommissionen »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« des 12. Deutschen Bundestags (1990 bis 1994) und »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im